



## Pressespiegel zur Asylpolitik vom 25. Oktober 2016

Erstellt von Mark Gärtner  
gaertner@sprev.de

### Geschehenes – Kurzmeldungen:

#### *Blick nach Europa und die Welt*

- Über das Wochenende wurden 2.400 Menschen auf der Flucht im Mittelmeer gerettet, 14 Leichen konnten geborgen werden.  
<http://de.reuters.com/article/italien-fl-chtlinge-idDEKCN12N071> (23.10.16)
- Eine letzte Woche währende, dreitägige Feuerpause für Aleppo ist beendet, die Bombardierung wird fortgesetzt. Die geplante Evakuierung schwer Verletzter und Kranker scheiterte, ebenso stießen die UN auf Widerstand bei der Einfuhr von Medikamenten und weiteren Hilfsgütern.  
<https://www.tagesschau.de/ausland/aleppo-un-hilfe-101.html> (25.10.16)
- Gestern begann die Räumung des Geflüchtetenlagers in Calais, sie soll die gesamte Woche über andauern, bis zu 10.000 Menschen leben dort. Die Bewohner\*innen hoffen auf die Fortsetzung ihrer Flucht nach Großbritannien, die Fliehenden hatten zudem eine Infrastruktur aufgebaut. Es kommt zu Auseinandersetzungen mit Polizeibeamt\*innen. Minderjährige, die Verwandte in Großbritannien haben, sollen auf Drängen Frankreichs zu ihren Familien transferiert werden. Schon jetzt bilden sich, wie nach der Räumung Idomenis, kleinere, dezentrale Lager rund um Calais ohne Versorgung und Infrastruktur. 50 Anwält\*innen sind aus ganz Frankreich nach Calais gereist, um ein Minimum an Rechtsberatung zu gewährleisten.  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/dschungel-von-calais-fluechtlinge-wuetend-und-verzweifelt-vor-raeumung-a-1117937.html> (24.10.16)  
[http://www.deutschlandfunk.de/dschungel-von-calais-wohin-mit-den-fluechtlingen.795.de.html?dram:article\\_id=369035](http://www.deutschlandfunk.de/dschungel-von-calais-wohin-mit-den-fluechtlingen.795.de.html?dram:article_id=369035) (20.10.16)
- Die irakische Armee sowie kurdische Peschmerga kämpfen gegen den IS um die Stadt Mossul im Nordirak, aus der Luft unterstützt von der US-geführten Anti-IS-Allianz. Die Türkei hat nun auf Bitten der Peschmerga in den Kampf interveniert, die irakische Regierung kritisiert dies als Eindringen in ihr Staatsgebiet. Die im Irak lebenden Kurd\*innen arbeiten militärisch mit der Türkei zusammen.  
In den kommenden Wochen rechnet das UNHCR mit 200.000 Fliehenden aus Mossul, auf bis zu 700.000 könne sich die Zahl erhöhen, 400.000 könnten aufgefangen werden. Martin Kessler von der Diakonie Katastrophenhilfe, hier im Interview mit der *Zeit*, hofft darauf, dass der geplante Fluchtkorridor von der Anti-IS-Allianz umgesetzt werde sowie darauf, dass die Fliehenden nach den Kämpfen um Mossul wieder in ihre Stadt zurückkehren können.

<http://www.zeit.de/politik/2016-10/fluechtlinge-mossul-offensive-diakonie-katastrophenhilfe>  
(20.10.16)

<http://www.sueddeutsche.de/politik/nordirak-tuerkei-greift-in-den-kampf-um-mossul-ein-gegen-den-willen-des-irak-1.3219657> (24.10.16)

### *Bund, Land, Kommune*

- Dieses Jahr haben 17.000 Geflüchtete gegen die Teilanerkennung des subsidiären Schutzstatus' geklagt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist nach der Regelung, den Familiennachzug beim subsidiären Schutz auszusetzen, dazu übergegangen, auch und gerade bei syrischen Geflüchteten verstärkt nur noch diesen zuzuerkennen. Die Verwaltungsgerichte müssen diese Entscheidungspraxis des BAMF dann korrigieren, in mehr als 90% der Fälle sprachen die Gerichte den Schutz gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention zu. Die Gerichte haben mehrheitlich eine andere Auffassung von der Situation in Syrien. Das Assad-Regime sehe allein schon die illegale Ausreise und das Asylgesuch als regimfeindlich an, für das BAMF gilt dieses Argument nicht. Das BAMF erklärte gegenüber der SPD-Fraktion im Bundestag, es strebe eine „höchstrichterliche Klärung“ an.  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/asyl-klagen-in-einem-monat-1.3209636> (18.10.16)
- Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, erstellt vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), geht nicht davon aus, dass sich das Armutsrisiko der Gesamtbevölkerung durch Fluchtbewegungen nach Deutschland erhöhe. Bei den Geflüchteten im Alter zwischen 18 und 64 Jahren waren 2015 14% erwerbstätig, dieser Wert werde, so die Prognose, in den kommenden 15 Jahren auf 74% steigen. Zwar seien Geflüchtete in Arbeit einem geringeren Armutsrisiko ausgesetzt, dennoch ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass sie an der Armutsschwelle hängen bleiben. Im Jahr 2015 erhielten erwerbstätige Geflüchtete durchschnittlich 54% von Verdienst der Gesamtbevölkerung, dieser Wert steigere sich voraussichtlich auf 72% in den kommenden 15 Jahren. DIW und IAB raten dazu, verstärkt in die Bildung Geflüchteter zu investieren um diesem Trend ungleicher Bezahlung entgegenzuwirken.  
<http://www.tagesspiegel.de/politik/armuts-und-reichtumsbericht-der-bundesregierung-unsichere-zukunft-fuer-fluechtlinge/14727520.html> (23.10.16)
- Die Frage um die Obergrenze, einst einen Keil zwischen CDU und CSU treibend, gilt als erledigt. Zwar habe die CSU diese in ihr Bundestagswahlprogramm mit aufgenommen, doch die CDU könne den Konflikt ins Leere laufen lassen. Beide Parteien und ihre Vorsitzenden könnten so ihr Gesicht wahren. Mit den sinkenden Zahlen Ankommender sei die Frage zu einer „akademischen“ geworden.  
<http://www.tagesspiegel.de/politik/cdu-csu-und-die-fluechtlinge-wiederannaeherung-in-trippelschritten/14722690.html> (22.10.16)
- Die Hangars auf dem Flughafengelände Tempelhof in Berlin sollten ursprünglich als Notunterkunft für Geflüchtete bei einem maximalen Aufenthalt von sechs Wochen dienen. Einige der Bewohner\*innen leben nun schon seit zwölf Monaten dort. Selbst der Geschäftsführer des die Unterkunft betreibenden Trägers kritisiert die Stadt Berlin dafür, dass die Geflüchteten bisher nicht umziehen könnten. Sollte keine Wende eintreten, will er den Geflüchteten raten, auf eine Wohnung zu klagen. Tatsächlich sollen bis Jahresende die Bewohner\*innen in Containern auf dem Vorfeld untergebracht werden. Die Geflüchteten hätten hier wenigstens einen Gewinn an Privatsphäre. Leider hat der Berliner Senat die Planung erst kürzlich freigegeben, dementsprechend haben noch nicht einmal die Bauarbeiten begonnen, wahrscheinlicher ist das erste Quartal 2017.  
<http://www.taz.de/!5347665/> (22.10.16)

- Die CSU hat ihr Integrationsgesetz für Bayern geändert, nun sollen auch Kinder in Erstaufnahme- oder „Rückführungs“-einrichtungen zur Schule gehen dürfen. Wie es das Grundgesetz vorsieht. Außerdem soll „Leitkultur“ jetzt bitte inklusiv und nicht ausgrenzend verstanden werden. Eine weitere Änderung betrifft die Auslegung des bundesdeutschen Integrationsgesetzes. Mit einem kurz vor der Abstimmung hinzugefügten Halbsatz im bayerischen Gesetz wird es für Geflüchtete schwerer, einen Aufenthalt während ihrer Ausbildung zu erlangen. Dies soll jetzt nur möglich sein, wenn „konkrete Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung [also die Abschiebung] nicht bevorstehen“. Die bayerischen Ausländerbehörden wurden angewiesen nur unter strengen Voraussetzungen eine Ausbildung zu erlauben. Der Bayerische Flüchtlingsrat sowie der Bundesverband unbegleitete, minderjährige Geflüchtete kritisieren das Vorgehen, Jugendlichen und Heranwachsenden drohe „ein Leben in der Warteschleife“, die Industrie- und Handelskammern beklagen, dass die in Aussicht gestellte Sicherheit bei der Anstellung nun doch nicht erfüllt werde.  
<http://www.sueddeutsche.de/bayern/asyl-csu-will-nun-doch-schulpflicht-fuer-alle-fluechtlinge-1.3213141> (19.10.16)
- In Schmölln stürzt sich ein junger Geflüchteter aus einem Fenster seiner Unterkunft in den Freitod. Dem Voraus sollen nach Angaben von Mitarbeiter\*innen der Unterkunft Aufrufe von Schaulustigen gegangen seien, die den Mann zum Springen aufforderten. Die Polizei konnte dies bisher nicht bestätigen.  
<http://www.mdr.de/thueringen/ost-thueringen/ermittlungen-nach-suizid-fluechtling-schmoelln-100.html> (23.10.16)

## Hintergrund und Meinung

- Die Verfassungsgerichtspräsidenten Deutschlands und Frankreichs, Andreas Voßkuhle und Laurent Fabius, haben vor dem Zerfall von Demokratie und Rechtsstaat in Europa gewarnt, sie hatten der *SZ* sowie *Le Monde* ein Doppelinterview gegeben. Anlass sind die Entwicklungen in Polen und Ungarn. Indem Polen die Befugnisse des Verfassungsgerichts eingeschränkt habe, habe es den Kern des Rechtsstaats angegriffen. Für Demokratie brauche es wirksame Opposition, freie Wahlen und eine starke Presse. Ebenso sehen beide die Verfassungsgerichte in der Rolle, die Grundrechte zu schützen und gegen das Mantra der Sicherheit im Angesicht terroristischer Angriffe zu verteidigen. „Verfassungsgerichte seien nicht dazu da, den Sicherheitsbehörden eine Blankovollmacht zu geben.“  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/europaeische-union-hoechste-richter-warnen-vor-verfall-der-demokratie-in-europa-1.3215860> (21.10.16)
- Für Barbara Wesel von der *Deutschen Welle* ist beziehungsweise war das Lager von Calais ein „Zeichen politischer Feigheit“. Die britischen und französischen Regierungen hätten die Verantwortung über Jahre untereinander zerstreut. Erst die mediale Aufmerksamkeit und die Instrumentalisierung des Lagers durch den rechtsradikalen Front National im Wahlkampf hätten Frankreichs Präsidenten Francois Hollande dazu bewegt, etwas zu tun. Doch die französische Migrationspolitik übe sich in erster Linie im Wegschauen. Auch jetzt sei nach dem Prinzip „Aus den Augen, aus dem Sinn“ gehandelt worden. Die Probleme der Fliehenden sind bei Weitem nicht gelöst. Sie werden nun über ganz Frankreich verteilt ohne über ihre Rechte aufgeklärt zu sein oder humanitäre Zusagen erhalten zu haben. Mit kleineren Lagern rund um Calais ohne Versorgung und Infrastruktur ist zu rechnen.  
<http://www.dw.com/de/kommentar-aus-den-augen-aus-dem-sinn/a-36144661> (24.10.16)
- Wie Geflüchtete in die illegale Arbeit gedrängt werden, zeigt dieser Bericht des *Deutschlandradios Kultur*. Der stupide Alltag in Unterkünften und der Wille, schlicht herauszugehen, der Unwille von Ausländerbehörden, eine Arbeitserlaubnis zu erteilen sowie

die Notwendigkeit, die eigene Familie, gegebenenfalls noch im Herkunftsland, zu versorgen lassen sie diesen Schritt gehen. Begünstigend hinzu komme, dass Arbeitgeber\*innen oft das Unwissen Geflüchteter über das hiesige Steuerrecht ausnutzten. Gerade da die Arbeit illegal und somit nicht kontrolliert ist, sind die Konsequenzen für die Geflüchteten zum Teil drastisch, sie sind bis zu 12-Stunden-Schichten und der Willkür der Vorgesetzten ausgesetzt. Die Bezahlung ist niedrig und/ oder unvollständig. Zudem gäbe es Fälle, in denen Leute Arbeit gegen Provision vermittelten und so die Situation der Geflüchteten ausnutzten. Geflüchtete arbeiteten häufig im Hintergrund – in Küchen, auf dem Bau, beim Container beladen.

[http://www.deutschlandradiokultur.de/fluechtlinge-und-schwarzarbeit-gefangen-in-einer.1001.de.html?dram:article\\_id=368929](http://www.deutschlandradiokultur.de/fluechtlinge-und-schwarzarbeit-gefangen-in-einer.1001.de.html?dram:article_id=368929) (19.10.16)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.  
Dammweg 5  
01097 Dresden  
E-Mail: [info@saechsischerfluechtlingsrat.de](mailto:info@saechsischerfluechtlingsrat.de)

Refugee Law Clinic Leipzig  
Burgstraße 27  
04109 Leipzig  
Email: [refugeelawclinic@uni-leipzig.de](mailto:refugeelawclinic@uni-leipzig.de)

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

**PRO ASYL**  
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 **UNO-Flüchtlingshilfe**